

Die Gründe und die Überzeugung der Leipziger Parteigenossen in allen Sicht — die Drohung im letzten Satz ihrer Entschließung durften sie unter keinen Umständen erheben. Sie stellen eine wichtige Organisation dar, und ihre Meinung hat etwas in der Partei zu gelten. Aber sie sind nicht die Partei, sondern immer nur ein Teil. Wenn ein wichtiges Glied seine Stellungnahme der Gesamtpartei so vorstrecken will, daß es bei Nichterfüllung seiner Wünsche auskönnen möchte zu funktionieren, ja sogar gegen den Gesamtkörper ausstechen will, so ist das ein Verstoßen der Verpflichtungen gegenüber der Gesamtpartei. Mit Rebellschaftshandlungen ist das man nicht. Wer dies tut, vergibt leichtfertig die entschuldigenden Lehren, die die sozialistische Bewegung aus den bisherigen Spaltungen zu töten bestimmt. Es steht zu hoffen, daß die Drohung nur ein leiser Scherhaft sein sollte, daß aber auch die Leipziger Genossen nicht durch Taten die Geschlossenheit der Partei zerreißen werden, falls eine Einigung auf einen bürgerlichen Sammelkandidaten endgültig beschlossen werden sollte.

Aber der Schluß ist inzwischen erfolgt. Die bürgerliche Drohung wird ein Schreckstück bleiben.

Die „Linien“ sind erledigt. Sie wurden von ihrem Parteivorstand nie ernst genommen. Die 23 Reichen im südlichen Landtag behandelten die Linien fast einziger Zeit wie dumme Jungen. Das zeigt, daß die Politikspiele der „Unten“ bald zu Ende geht. Diese bis an den Hals im sozialdemokratischen Sumpf steckenden, untauglichen und sogenannten Schreier müssen kapitulieren. So Dresdner schmecken sie ihnen mit einem Ruck bis zu Marz. Die anderen werden bald folgen. Gewiß werden sie nicht verfehlten, durch etwas Theatralischer und mühte Heft gegen die Kommunisten ihre Unterwerfung zu verdecken.

Die Arbeiter werden dieses Manöver aber durchschauen. Die Arbeiter werden begreifen, daß die linken Theoretiker abgeworfen haben. Für die Arbeiter gibt es nur eine Partei, die kommunistische, und ihre Kandidat ist

Ernst Thälmann.

Die Tagung der Erweiterten Executive der Komintern

Große Sitzung reitet über die Aufgaben der ideologischen Bolschewisierung

und heißt fest, daß die Komintern sich aus eisigen Propagandagruppen zur kommunistischen Weltpartei entwickelt hat. Als aber die Parteien Massenparteien wurden, leitete die sozialistische Fraktion die Ausweitung von der Theorie und den Partei-Ergebnissen ab. Es ist kein Zufall, daß gerade jetzt im Zusammenhang mit der Parole „Heraus an die Massen“ durch die Bolschewisierung diese Fragen wieder aufgeworfen werden. Der Opportunismus lenkt die Begeisterung für die eingangs genannten Aspekten politischer Tätigkeit. Opportunismus bedeutet Vollzug von Falsch zu Falsch und zeigt den Mangel eines theoretisch durchdrungenen sozialistischen Programms. Opportunismus bedeutet die Negation der Rolle der Partei als bewußter Führer der Arbeitervelasse. Die Bolschewisierung bedeutet die Einziehung der Partei in diese ihre Rolle. Dies ist jedoch nur möglich, wenn in der Propaganda der Marxismus und der Leninismus die erforderliche Stellung erhalten. Es gibt keine bolschewistische Bewegung ohne Theorie, keine Bolschewisierung ohne Propaganda des Leninismus.

Zwischen zwei Revolutionen können Parteien sich in kampflosen Krisen leicht desorientieren, wie dies der Brandstoffs zeigt. Der Brandstoffs Fehler ist in seiner fehlenden Staatstheorie und darin zu suchen, daß er nicht nur Forderungen, sondern an Illusionen der Arbeitervelasse anknüpft. Die Desorientierung kann sowohl im Sinne des linken als auch des rechten Opportunismus geschehen. Die Saarwerkskette knüpft neue Theorien, wie die über den konträren Sozialismus, die auch die österreichische Schule übernahm. Die erhaltenen Parteiaufgaben, passen sich untere Lage in den Parteien, machen die Notwendigkeit einer verstießen Propaganda. Die Umstellung der Parteien auf Betriebszellen fordert eine partizipative Propaganda in den Massen. Die neue Ausbildungorganisation muss leninistisch erzogen werden. Die Agrar-, Bauern- und Nationalfragen sind in den Parteien, mit Ausnahme der KPD, theoretisch gar nicht durchgearbeitet.

Die russischen Erfahrungen sind ein wesentlicher Bestandteil des Leninismus und müssen dialektisch übermittelt angewandt werden. Die Spezialisierung der russischen Erfahrungen für jedes Land ist notwendig. Die Propaganda des Leninismus hindert uns zunächst noch in der Stoppa der Agitation. Noch muss eine militärische Propaganda werden. Die KPD macht durch Errichtung einer Lenin-Schule und die fieberhafte Anfangszeit.

Die erste große Schwierigkeit bestand in der Kaiserschlacht. Der zweite Mangel ist das fehlen leninistischer Literatur in den Hauptprologen. In nächster Zukunft werden die Werke Lenins in leichtem Tempos in deutscher, französischer und teilweise englischer Sprache herausgegeben werden. Die Hauptaufgabe der Propaganda des Leninismus ist die Demokratisierung des Leninismus, damit die Theorie nicht das Monopol der Führerpartei werde, wie dies in der zweiten Internationale der Fall ist. Die wichtigste Aufgabe ist die Erziehung der Mitglieder der Partei zu wirtschaftlichen Parteimitgliedern durch Elementartheorie des Leninismus. Ebenso wichtig ist die Erziehung zentraler Parteimitglieder in den großen Parteien und die Errichtung eines internationaalen Kernes über Leninismus. Sie wichtige Bolschewisierung, das Lernen des Leninismus ist ein wichtiger Bestandteil der Bolschewisierung. (Weißall.)

In der Fortsetzung der Abhandlung führt

Genosse Varga

Es besteht keine akute revolutionäre Situation, kein unmittelbarer Kampf steht bevor. Die Bourgeoisie ist über Kapitalismus glauben. Die Bourgeoisie versucht geschickt, die Arbeiter zwischen Angestellten und Beamten zu versetzen und spielt die einheimischen und die ausländischen Professoren gegeneinander aus. Dies bewirkt die Schaffung des Hauptfeindes, der die soziale Stabilität anstrebt, befreide vorherhanden ist. Das macht die sozialistische Stabilität in gleichem Maße schwierig, wie es möglich ist in der Sicht des Kaders bemerkbar. Der Kader stellt fest, daß die Krise des Produktionsapparates über die Absatzmöglichkeiten hinaus, zweitens durch die Industrialisierung der Kolonien; drittens verlor.

Rechner geht zu einer ausführlichen Analogisierung der Lage Englands über. Die Stabilisierung Deutschlands wird von Kaiser begleitet. Österreich erlebt trotz der Stabilisierung eine gewisse Krise und hat rund 300 000 Erwerbstlose. In Amerika befindet sich der Kapitalismus noch in aufsteigender Linie, die Hochkonjunktur geht jedoch zu Ende. Die Schere, die Ursache der Krise war, verschwand im Herbst des Vorjahrs, was die Bürgerlichkeit und die Sozialdemokratie als Stabilisierung deuteten. Die Preissteigerung für Getreide war jedoch nur eine Episode, die durch die Wirtschaft verursacht wurde. In den letzten Wochen leidet ein rapides Fallen der Getreidepreise ein, so daß die Agrartruppe bereits wieder vorzugehen. Die positive Handelsbilanz Deutschlands bedeutet eine Befreiung der Konjunktur in den nichtdeutschen Ländern.

Gen. Melchioras (KPN) weist auf die Teuerung als wütigste. Der Melchioras (KPN) weist auf die Teuerung als wütigste. In den nichtdeutschen Ländern, welche die Teuerung hin, was das Plenum bisher nicht genügend

Probleme Afrikaner

Das Agieren Al Quac (Moldavost).

Das gewaltige Interesse, das die Ereignisse in China erregen, wird nur noch verstärkt, wenn man sie im Rahmen der gesamten Vorgänge in Wien betrachtet.

Der in China entfachte Bürgerkrieg ist in der Tat nichts als ein Zweikampf zwischen dem französisch-sowjetischen und dem englisch-amerikanischen Imperialismus. Wu-Bei-Ju, der Mann des englisch-amerikanischen Imperialismus, ist gescheitert. Liang-Tsai-Lin, der Mann des französisch-japanischen Imperialismus, ist negativ. Aber weder Japan noch Großbritannien haben das Spiel gewonnen. Denn glücklicherweise gibt es eine dritte Macht, die weder von der einen noch von der anderen der imperialistischen Gruppen beherrscht wird, nämlich die revolutionäre Komintern-Partei, die bisher von Sun Yat-Sen geführt wurde.

Nun haben die chinesischen Generale die Waffen niedergelegt — auf wie lange? —, so fordert Frankreich die Bezahlung der ausständigen sogenannten Boxer-Entschädigung; Japan verlangt die Konzession für radiotelegraphische Stationen; Amerika fordert die Anwendung eines Blaues in der Art des Dawes-Plans; England verlangt die Kontrolle der chinesischen Eisenbahnen. Auf diese Forderungen haben Sun Yat-Sen und seine Partei geantwortet: Halt! Wir verlangen die Abschaffung der ungerechten Verträge; die Annulierung der erlaubten Konzessionen; kurz, wir verlangen, daß China den Chinesen gehöre, und daß die Chinesen frei sein sollen, ihre Angelegenheiten zu regeln, wie sie es für das Beste halten.

Dann richtet sich der größte Hof der Imperialisten gegen die Partei Sun Yat-Sen. Aber sie sind auch gegen den Gefundenen der Sowjet in Peking, Karakorum, wütend.

Seit der Konferenz von Washington ist Japan nicht mehr der Verbündete Englands. Denn England, das die Tätigkeit seines ehemaligen Verbündeten in China und in Indien für seine Interessen gefährlich hält, hat die Freundschaft mit Japan geopfert, um sie mit Onkel Sam zu verhindern, dessen Interessen in China sich leicht mit jenen Großbritanniens in Übereinstimmung bringen lassen. Dies ist nur ein Anfang. Japan wird noch mehr erleben. Frankreich hat Japan Höflichkeiten erwiesen und einen Vorzugszoll für die Einfuhr in Indochina gewährt. Das ist aber nur eine Kleinigkeit.

Nach der Abfahrt Englands kam das Verbot der japanischen Einwanderung, das in Amerika angenommen wurde. Diese Herausforderung sonnte der japanische Imperialismus nicht ohne Widerpruch entgegenzunehmen: platonische Proteste und Kundgebungen in Halle und Zürich waren die Antwort. Von den Verbündeten von gestern verlassen, von dem ständigen Feinde beschimpft, ist Japan von Zorn ergripen worden. Der Gedanke des Pan-Asiatentums hat sich bei ihm eingestellt. Warum nicht ein russisch-chinesisch-japanisches Bündnis? Der neue Gedanke wird von Leuten der Universität, von Politikern usw. begünstigt, unter anderem auch vom Vorsitzenden der Kammer der Finanzleute in Japan. Die unterrichtete Presse des Westens (zum Beispiel die „Revue Belge“), vor allem aber die britische Presse, verfolgt beunruhigt diese Anteilung, die sie nicht ernst zu nehmen vorsieht.

Ist der Beginn der Arbeiten zum Ausbau des Flottenstützpunktes von Singapur, der 11 Millionen Pfund Sterling kosten wird, der Schlüsselpunkt der englisch-japa-

nischen „Freundschaft“ und eine „wirkliche“ Antwort auf den Gedanken eines asiatischen Bündnisses? In jedem Fall ist dies eine planmäßige, abgefeierte Aktion des englisch-amerikanischen Imperialismus.

Die Vereinigten Staaten mit einem Flottenbudget von 300 Millionen Dollar und einer Flotte von 840 Wasserflugzeugen, 18 Linienschiffen, 81 Unterseebooten, 103 Zerstörern, 113 Kreuzern, Torpedoboaten und anderen kleinen Einheiten, die 4785 Marineoffiziere und 86 000 Mann Besatzung tragen, gehen daran, 8 neue Kreuzer zu bauen, wie es scheint, bloß zu dem Zwecke, um die „5 zu 5 zu 3“ zu erreichen. (Dem Land sei erklärt, daß dies die Formel des Verhältnisses der Seestreitkräfte ist, die auf der „Übereinkunft“ Konferenz von Washington für Amerika, England und Japan festgesetzt wurde.) Und große Manöver-amerikanischer Eskadren werden im Stillen Ozean stattfinden.

Die öffentliche Meinung Japans stellt seit: Britische Reichskonferenz — zur Verteidigung des Weltreiches — in London; Ausbau des Flottenstützpunktes in Singapore; große Manöver im Stillen Ozean. Und sie fragt sich: Gegen wen sind diese Vorbereitungen gerichtet? Japan ist die einzige bewaffnete Macht Wiens, der einzige Konkurrent des englischen und des amerikanischen Imperialismus im Stillen Ozean. Es fühlt sich direkt aus Korn genommen. Die Folge davon ist ein wahres Feuer in Japan. Nach dem Gedanken eines asiatischen Bündnisses ist der eines Bundes der gelben Rassen aufgetaucht. „Eine Milliarde Gelbe“, sagen seine Verbündeten, „haben sich der Beherrschung durch 60 000 Weiße zu entledigen“. Dies ist aber ein Gedanke, dessen Verwirklichung am japanischen Egoismus, von dem es Beispiele genug gibt, scheitert. Während zum Beispiel Japan gegen den amerikanischen Gesetz über die gelbe Einwanderung protestiert, während es sich zum Vorkämpfer der unterdrückten gelben Rassen proklamiert, weiß es aus seinem Gebiete mehr als 6000 chinesische Arbeiter aus und vertreibt weiter „ausländische Arbeiter“. Was von seiner Aufrichtigkeit die Koreaner glauben und denken können, soll lieber nicht besprochen werden!

Für die Japaner vor einem Jahrzehnt war der Willkür etwas Göttliches; die Waffen im Dienste des göttlichen Kaisers zu tragen, war eine Ehre. Der Japaner von heute hat eine ganz andere Denkweise. Bei einem Besuch der kaiserlichen Familie in der Umgebung von Tokio verhaftete die Polizei fürstlich „vorstößt“ 3400 junge Leute! Eine bezeichnende Vorsicht! Die Regierung wollte die militärische Ausbildung in das Programm der Schulen einführen; Professoren und Studenten haben sich dem einstimmig widerstellt. Der sogar durch die englisch-amerikanischen Drohungen gefürchtete Chauvinismus hat nicht mehr den Erfolg von einst. Hängt die junge Generation Japans an zu verstehen, daß das Heil in der Verständigung der Proletarier aller Länder liegt? Es ist sicher, daß sie sich schnell nach links entwickelt.

Schließlich noch eine bemerkenswerte Einzelheit: Der Traum eines „Bundes der gelben Rassen“ war in Japan kaum zum Ausdruck gebracht worden, als ein amerikanischer Senator, Britton, die Einberufung einer — „Konferenz der Weisen des Stillen Ozeans“ vorstieg.

Die Forderungen der KPD sind Forderungen der Kriegsopfer

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat für die Kriegsopfer eine Novelle zum Reichsversorgungsgesetz eingeführt, die folgende Forderungen enthält:

1. Unentgeltliche Lieferung des Schuhzeugs für beide Güte des Prothesenträgers.

2. Bewilligung der Renten mit allen Zugaben an den Beschädigten oder seine Angehörigen während der Zeit der Unterbringung in einer Heil- oder Wilegeanstalt; auch in anderen Krankenhäusern unter Anrechnung des etwa erhaltenen Krankengeldes.

3. Rechtsanspruch auf unentgeltliche Heilbehandlung und Belieferung mit Medikamenten usw. für Hinterbliebene, wie bei den Beschädigten.

4. Wiedergewährung der Renten an die etwa 750 000 Beschädigten, denen bei der zweimaligen „Reform“ des Reichsversorgungsgesetzes die Renten entzogen wurden.

5. Wiedergewährung der Kriegsrentenrente an die Teilnehmerbevölkerung in der Höhe, wie sie schon bei Ausbruch des Krieges bezahlt wurden, unter Beibehaltung der Sozialzulagen.

6. Streichung der drei Klassenbestimmungen des § 28, wonach die Fabrikarbeiter 70 Prozent Rente mehr erhalten als die Fabrikarbeiter.

7. Vereinfachung der Bestimmungen für die Gewährung der Pflegezulage an Beschädigte, die so hilflos sind, daß sie keine Wartung oder Pflege benötigen.

8. Ausdehnung der Vergünstigungen für Inhaber des Beamtenzeichens auf alle Schwerbeschädigten, die infolge ihrer Beschädigung ihren alten Beruf nicht mehr ausüben können.

9. Ausdehnung des Altersrechtes auf Sterbegeld auch auf die Kriegshinterbliebenen.

10. Erhöhung der Rentenzugabe für Kriegshinterbliebene.

11. Wiedergewährung der Renten an Witwen, denen die Rente aus Anlaß der Wiederherstellung entzogen wurde, im Falle des Ablebens des zweiten Gatten oder bei Scheidung der Ehe.

12. Abänderungen der reaktionären Bestimmungen für Kriegsgerstern, die dazu dienen, der Mehrzahl aller Kriegsgerstern die Rente abzuschneien.

13. Entschädigung an alle diejenigen Hinterbliebenen, deren Ernährer zwar nicht an den Folgen einer Dienstbeschädigung, aber während der Zugehörigkeit zur Wehrmacht verstorben sind, mit zwei Dritteln der gesetzlichen Rente.

14. Uebertragung der Beweislast für Nichtanerkennung der Dienstbeschädigung an den Reichsjustiz und Entscheidung in allen Zweifelsfällen zugunsten der Kriegsopfer.

15. Streichung aller Kürzungsbestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes.

16. Streichung der Bestimmungen über Entzug der Rente und Überkennung des Anspruchs auf Heilbehandlung bei Verurteilung zu Zuchthaus wegen Hochverrats, Landesverrats, Verrats militärischer Geheimnisse.

Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Mit der Aufstellung dieser Forderungen für die Kriegsopfer gibt die kommunistische Reichstagsfraktion allen Parteien, die bei den Wahlen so viel vom Dank des Vaterlandes reden und schwärmen, die Gelegenheit, sich zu demaskieren, zu zeigen, wie viel von ihren Worten Wahnsinn und Widerstand war, wie viel sie davon einzulösen gedenken.

Überall müssen die Kriegsopfer zu den Forderungen Stellung nehmen. In allen Versammlungen müssen sich die Kriegsopfer erneut für die von den Kommunisten erhobenen Forderungen erklären.

Wer für die kommunistischen Forderungen ist, der muss seine Stimme bei der Präsidentenwahl Ernst Thälmann geben und für seine Partei, die KPD. Propaganda machen und mit ihr kämpfen.

Für diese Forderungen einen schweren Kampf zu führen, das haben die Kriegsopfer nicht zuletzt dem Reichspräsidenten Ebert und seiner Politik durch die SPD zu danken. Ebert hat die Durchhaltepolitik geführt. Ebert hat die treulosen Münitionsarbeiter um den Fortführung des Massenmordes willen bestrogen und belogen. Eberts Partei hat durch ihre Politik Millionen Kriegstrümmer und Hinterbliebene auf dem Gewissen.

Eisenbahngürtel in Leipzig

Leipzig, 3. April. In der vergangenen Nacht hat sich auf dem Bahnhof Leipzig-Neustadt ein Eisenbahngürtel ereignet, bei dem ein Eisenbahndienstler getötet und einer verletzt wurde. Der Teluron-Sachverständige erhält dazu von der zuständigen Eisenbahndirektion folgenden Bericht: Heute nacht 12.30 Uhr fuhr der Durchgangszug 7149 auf den im Bahnhof Leipzig-Neustadt haltenden Durchgangszug 6737 infolge Uebefahrens des aufhalt zeigenden Eisenbahnsignals auf. Der Oberfahrtshörer Ernst vom Bahnhof Leipzig-Wahren wurde getötet, der Schaffner Matthias vom gleichen Bahnhof verletzt. Der Materialschaden ist sehr erheblich. Der Betrieb wird durch Ueberholungsgleis aufrecht erhalten.

Immer wieder Opfer der Arbeit!

(Eigene Drahtmeldung.) 4. April.

In der Autoreparatur von Rudolf Ley in Akenstadt wurden durch eine Reiseleitung nach bisher vorliegenden Meldungen mehrere Arbeiter getötet, 13 Arbeiter schwer verletzt.

Im Granitsteinwerk Rautenkamp wurden durch vorzeitige Explosions von Sprengpatronen 2 Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt.

Keine Übereinstimmungskonferenz

Aus London wird gemeldet, daß in diesem Jahre keine Übereinstimmungskonferenz stattfinden wird. Jetzt wird wohl auch der letzte Arbeiter begreifen, daß es nicht zum Frieden, sondern zum Kriege geht. Die Illusionen verschwinden immer mehr.